

Kammer fordert Stadträte dazu auf, insbesondere in die Berufsschulen stärker zu investieren

Haushaltsberatungen: Industrie- und Handelskammer nimmt in einem Brief an die Stadträte Stellung zur Haushaltspolitik

Kritik an hohen Steuern – und Appell zum Sparen

Mehr als 100 Prozent Steigerung der Gewerbesteuer-Einnahmen in 13 Jahren, ein immer größerer Anteil an den Mannheimer Gesamteinnahmen – wenn das kein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Stadt ist. Das jedenfalls sieht die Industrie- und Handelskammer (IHK) so – in einem Brief an die Stadträte vor den Haushaltsberatungen.

Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen Verlautbarungen der Stadt: „Wir nehmen wahr, dass von Seiten

der Stadt (...) immer wieder der Eindruck erweckt wird, als würden die Gewerbesteuereinnahmen nicht dem erwarteten Aufkommen entsprechen und die Betriebe nicht den notwendigen Beitrag zur Finanzierung des städtischen Haushalts leisten“, steht in dem Brief zu lesen.

Und das von der IHK-Präsidentin Irmgard Abt und ihrem Hauptgeschäftsführer Dr. Axel Nitschke unterzeichnete Schreiben wird noch deutlicher: „Bei einer generellen Be-

trachtung ist erkennbar, dass der massive Anstieg der Personalkosten in den vergangenen Jahren aus dem Zuwachs des Gewerbesteueraufkommens dargestellt wird.“

Auch der Grundsteuerhebesatz B steht in der Kritik – der Grund: „Nach einer angedachten Erhöhung auf 487 Punkte würde Mannheim auch bei der Steuer einen Spitzenplatz einnehmen.“ Und das passe doch so gar nicht zu dem Ziel, die Einwohnerzahl zu erhöhen und die Sozial-

struktur zu verbessern – „denn Wohnen in Mannheim wird dadurch nicht attraktiver“. Die Empfehlung der IHK: konsequente Haushaltsdisziplin, ausgeglichener Haushalt.

Gleichzeitig warnt die Kammer vor Abstrichen bei Bildungsinvestitionen: „Unseres Erachtens sollte insbesondere in die Berufsschulen stärker investiert werden“, hier bestehe erheblicher Investitionsstau, es fehle ein schlüssiges Konzept, wie die Stadt diesen auflösen möchte.

Einsparpotenzial sieht die IHK vor allem im Personalbereich, eine weitere Erhöhung der Ausgaben sei „aus unserer Sicht der falsche Weg“. Und schließlich sollten auch die kommunalen Eigenbetriebe sparen und Schulden abbauen, fordert die Kammer.

Die Wirtschaft habe großes Interesse an Konsolidierung und nachhaltiger Haushaltspolitik – und an weniger finanziellen Belastungen der Unternehmen hier. *scho*

Gleichzeitig warnt die Kammer vor Abstrichen bei Bildungsinvestitionen: „Unseres Erachtens sollte insbesondere in die Berufsschulen stärker investiert werden“, hier bestehe erheblicher Investitionsstau, es fehle ein schlüssiges Konzept, wie die Stadt diesen auflösen möchte.